

Zeit der Einschnitte

Drei Fragen an MdB Erhard Grundl (Die Grünen), der Ampelbeschlüsse erklären muss

Es hagelt Protest. Vor wenigen Tagen hat der Bauernverband in einer Veranstaltung die von der Ampelregierung angekündigten harschen Einschnitte für die Landwirtschaft angeprangert. Der Ampel, insbesondere den Grünen, schlägt Unmut entgegen. Wir haben MdB Erhard Grundl (Die Grünen) als Bundestagsabgeordnetem aus der Stadt drei Fragen zu Kürzungen – nicht nur für Landwirte – gestellt und wie es zusammenpasst, dass auch er sich auf die Seite der Landwirtschaft stellt, aber gleichzeitig einer der Regierungsparteien angehört.

Wichtige Projekte zur Demokratieförderung, Opferberatungen, Initiativen gegen Hass im Netz ... stehen aufgrund der Haushaltslage auf der Kippe, die Mitarbeiter wissen zum Jahreswechsel nicht, wie es weitergeht. Ist das nicht das falsche Signal angesichts der aktuellen Entwicklung in den Bereichen des Antisemitismus und Rechtsextremismus?

Erhard Grundl: Alles was unter „Demokratieförderung“ und „politische Bildung“ im Bundeshaushalt steht, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hier grob zu kürzen, wäre ein großer Fehler, denn bereits heute sind die, die unsere Demokratie verachten, mit einfachen Antworten auf eine immer



MdB Erhard Grundl fordert eine Reform der Schuldenbremse.

Foto: Paul Kothe

komplexer werdende Welt in ihren Chatgruppen und a-sozialen Netzwerken unterwegs. Demgegenüber steht, dass die Schuldenbremse, so wie sie aktuell im Grundgesetz steht, die Koalition zu Einsparungen in allen Bereichen zwingt. Die Schuldenbremse zu verändern, ginge nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag. Darum wird der Kernhaushalt des Bundes für das nächste Jahr zum dritten Mal in Folge geringer ausfallen als im Jahr davor. Das ist für die Ampel nichts Neues. Das Budgetrecht des

Bundeshaushalts liegt aber immer bei den Abgeordneten des Bundestags. Die Regierung unterbreitet einen Entwurf als Basis der Verhandlungen. Wir werden alles daran setzen, im Bereich der politischen Bildung gar nicht oder nur in sehr geringem Maße zu kürzen.

Auch die Landwirte demonstrieren lautstark gegen die Sparpläne der Bundesregierung. Sie und so manche ihrer Parteikollegen signalisieren den Bauern Unterstützung, Landwirtschaftsminister Cem Özdemir sagt offen, er sieht die Pläne der Ampel kritisch. Aber die Grünen sind doch Teil dieser Ampelregierung, wie passt das zusammen?

Erhard Grundl: Die deutsche Landwirtschaft hat einen entscheidenden Anteil an der Nahrungsmittelsicherung für unsere Bevölkerung. Das wird in Zukunft noch wichtiger werden. Auch die Möglichkeiten der Landwirtschaft bei der Erzeugung erneuerbarer Energien sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Bäuerinnen und Bauern denken in Generationen und nach meiner Überzeugung macht sie das zu Verbündeten in unserem Ziel, unseren Nachkommen eine lebenswerte Umwelt erhalten zu wollen. Jahrzehntlang haben die Bäuerinnen und Bauern aber nur die Losung „wachse oder weiche“ gehört. Das hat dazu geführt, dass alleine

zwischen 2010 und 2019 in Deutschland mehr als 35 000 Bauernhöfe dichtmachen mussten. Leider ist das ganz ohne lautstarke Demonstrationen abgelaufen. Damit die bäuerliche Landwirtschaft jetzt, wie alle Wirtschaftszweige, den Umstieg weg von der jahrelang propagierten klimaschädlicher Produktionsweise hinbekommt und auch die Nahrungsmittelsicherung gelingt, braucht sie Unterstützung. Finanzielle Unterstützung. Subventionen für die Landwirtschaft sind wichtig, da bin ich ganz bei Cem Özdemir und darum ringen wir in der Ampel. Sehr skeptisch sehe ich die Pläne der AfD, die grundsätzlich alle Subventionen streichen möchte. So steht es in deren Grundsatzprogramm und das lehne ich ab.

Auch Unternehmen wenden sich von den Grünen ab, keine Rede mehr von der „neuen Wirtschaftspartei“. Die Partei inszenierte sich lange als Fürsprecher der Industrie und deren Transformation hin zur Klimaneutralität. Doch inzwischen hat das Image bei der Wirtschaft stark gelitten. Ist das Verhältnis noch zu retten?

Erhard Grundl: Arbeitnehmer*innen und Unternehmerinnen und Unternehmer sind das unverzichtbare Rückgrat unseres Landes. Mit der Rekordzahl von 46, 1 Millionen gab es im Oktober so viele Be-

schäftigte in Deutschland wie noch niemals zu vor. Unsere Unternehmen stehen aber im weltweiten Wettbewerb und befinden sich zusammen mit ihren Mitbewerbern mitten in einer Transformation, die auch staatliche Investitionen in die Zukunft verlangt. Die USA zum Beispiel haben auf diese Herausforderung mit dem „Inflation Reduction Act“ reagiert und stellen für den klimaneutralen Umbau 750 Milliarden Dollar zur Verfügung. Ich habe 27 Jahre in der Kreativwirtschaft gearbeitet, davon zuletzt 15 Jahre als Selbstständiger, und ich weiß, dass erst erwirtschaftet werden muss, was verteilt werden kann. Dieser Wirtschaftszweig schafft jährlich mehr als 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung für unsere Volkswirtschaft, er ist also einer der größten in Deutschland. Wenn ich an die tiefgreifenden Transformationen, die alleine in dieser Branche die letzten Jahrzehnte stattgefunden haben, denke, weiß ich um die Wichtigkeit von Investitionen. Ich bin überzeugt, Deutschland braucht eine Reform der Schuldenbremse, um Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen. Und mit dieser Einschätzung sind wir Grünen nicht allein, sondern ganz nah beim Präsidenten des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) Siegfried Rußwurm.